

«Wir benötigen Unterstützung»

Die Schweiz leistet mit über einer Milliarde Franken wirtschaftliche Aufbauhilfe in Osteuropa. Rund die Hälfte fliesst nach Polen. Die polnische Ministerin für regionale Entwicklung, Elzbieta Bienkowska, sagt, dass ihr Land eine Aufstockung des Erweiterungsbeitrags erwartet. *Von Ricardo Tarli*



«Die Schweiz profitiert»: Politikerin Bienkowska.

Frau Ministerin, ein Schweizer Nationalrat spricht von einer «Mentalität des Geldnehmens» in Polen. Verstehen Sie diese Einschätzung?

Diese Meinung kann ich überhaupt nicht verstehen. Wir sind kein Land, das mehr und mehr Geld benötigt, nur um es zum Fenster rauszuwerfen. Wir ziehen einen grossen Nutzen aus dem Geld, das wir von verschiedenen Geberländern erhalten. Polen hat während der vergangenen zwanzig Jahre riesige Fortschritte gemacht.

Sie betonen die wirtschaftliche Bedeutung des Schweizer Beitrags. Er hat aber kaum einen messbaren Einfluss auf Polens Wirtschaft, und der Handel mit der Schweiz verharrt auf tiefem Niveau.

Verglichen mit Polens Bruttoinlandsprodukt, ist es sicher keine so grosse Summe. Aber für die bilateralen Angelegenheiten und Kontakte ist das Schweizer Aufbauprogramm von grosser Bedeutung. Die Schweiz ist bestrebt, ihre wirtschaftliche Stellung auf einem grossen Markt, wie Polen einer ist, zu stärken. Wenn auch die wirtschaftlichen Auswirkungen nicht so signifikant sein mögen, so ist zum Beispiel die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung und Wissenschaft sehr erfolgreich.

Weshalb ist Polen, das in den letzten Jahren ein beachtliches Wirtschaftswachstum aufwies und von der EU mit Milliarden unterstützt wird, auf das Geld aus der Schweiz angewiesen?

Wir haben noch immer Regionen, die wirtschaftlich rückständig sind. Wir benötigen wahrscheinlich noch für die nächsten acht bis zehn Jahre Unterstützung, um das wirtschaftliche Niveau und den Lebensstandard der höherentwickelten EU-Staaten zu erreichen. Mit den Millionen aus der Schweiz können wir Projekte finanzieren, die von der EU nicht unterstützt werden, so in den Bereichen der erneuerbaren Energien, der Kultur, Bildung und Forschung.

Sehen Sie in Anbetracht der grossen Anzahl Projekte, insgesamt 58, nicht die Gefahr einer Verzettelung der Ressourcen?

Davon kann keine Rede sein. Wir haben nie mit riesigen Investitionen gerechnet. Das Programm hat zum Ziel, die Bedingungen auf lokaler oder regionaler Ebene zu verbessern. Mit der Umsetzung sind lokale Behörden, Universitäten und Nichtregierungsorganisationen betraut.

Im Ausschreibungsprozess läuft nicht alles rund. Oftmals bekommt die billigste statt die beste Offerte den Zuschlag. Ein Nachteil für Schweizer Unternehmen, deren Wett-

bewerbsvorteil die hohe Qualität ist. Zudem seien eine oder mehrere Ausschreibungen nicht korrekt formuliert worden.

Ich versichere Ihnen, dass wir unser Bestes geben, um die strengen Regeln im Submissionsverfahren zu erfüllen. Jedes Unternehmen hat die gleichen Chancen. Wir haben die von Ihnen aufgeworfenen Fragen mit den Schweizer Partnern besprochen. Das Programm läuft jetzt wie gewünscht.

Die «Kohäsionsmilliarde» wurde 2006 an der Urne nur knapp angenommen. Für eine zweite Tranche müsste vermutlich das Schweizer Volk erneut überzeugt werden, was nicht einfach werden dürfte ...

Die Resultate sind die besten Argumente, die für die Weiterführung der Finanzhilfe sprechen. In ein, zwei Jahren werden die positiven Auswirkungen der Projekte viel deutlicher erkennbar sein als heute. In den letzten paar Jahren boomte Polens Wirtschaft. Die Schweiz profitiert vom grossen gemeinsamen Markt der EU, obwohl sie nicht EU-Mitglied ist. Ökonomisch betrachtet ist der Erweiterungsbeitrag für beide Seiten eine Win-win-Situation ...

... obwohl kaum Schweizer Firmen in die Umsetzung der Projekte involviert sind.

Ich denke, die Ergebnisse müssen jährlich überprüft werden. Jedes Unternehmen ist berechtigt, sich an den öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen.

Die Schweiz zählt auf Polens politische Unterstützung, etwa in den Verhandlungen mit der EU über die bilateralen Verträge.

Dass sich die Schweiz einen starken Partner in der EU wünscht, ist sich Polen bewusst. Wir diskutieren solche Angelegenheiten auf hoher politischer Ebene mit Schweizer Vertretern. Aber wenn die Schweiz weiterhin am EU-Markt partizipieren will, erwarten wir, dass sie einen weiteren finanziellen Beitrag leistet. Das ist eine Frage der Solidarität.

Und wenn die Schweiz nein sagt?

Das wäre ein unerfreuliches Signal. Auch Norwegen, ein Nicht-EU-Land, hat einer zweiten Finanztranche zugestimmt. Wir hoffen, dass die Schweiz es Norwegen gleich tut. Polen ist mit vierzig Millionen Menschen ein attraktiver Markt, ein Land, dem man nicht einfach den Rücken zuwenden kann.

Elzbieta Bienkowska, 49, seit 2007 Ministerin für Regionale Entwicklung, ist verantwortlich für die Umsetzung der Strategie zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Polens.